



ایران رپورت

Iran-Report

04/16

April 2016 - erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	10
Wirtschaft	12
Außenpolitik	16

Iran steht an einem Scheideweg. Nach dem Abschluss des Atomabkommens und der Aufhebung der Sanktionen erwartet das Volk einen wirtschaftlichen Aufschwung, die Öffnung nach außen und vor allem auch eine Liberalisierung der theokratischen Staatsordnung. Doch über den neuen Kurs, auch über die Rolle Irans in der Region, ist sich die Staatsführung nicht einig. Wie der Machtkampf, der schon seit geraumer Zeit zwischen Konservativen und Reformern tobt, ausgehen wird, ist ungewiss.

Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den iran-report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://themen.boell.de>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Bauke Baumann
V.i.S.d.P. : Annette Maennel
15. Jahrgang

INNENPOLITIK

Chameneis programmatische Rede / Chamenei kontra Rohani / Rohani: Über Außen- und Innenpolitik entscheidet das Volk / Warnung vor äußeren und inneren Feinden / Weniger Frauen im neuen Parlament als erhofft / Yasdi: "Ich akzeptiere das Votum des Volkes" / Höchste Zahl an Hinrichtungen seit zwanzig Jahren

CHAMENEIS PROGRAMMATISCHE REDE

Am ersten Tag des iranischen neuen Jahres, dem 21. März, hielt Chamenei in der heiligen Stadt Maschad eine programmatische Rede, in der er grundsätzliche Weichenstellungen für die Zukunft der Islamischen Republik ansprach. Dabei machte der Revolutionsführer deutlich, dass er auf Seiten der Ultrakonservativen steht und grenzte sich von der Politik der Regierung von Hassan Rohani ab, die eine Öffnung nach außen und innen anstrebt. Hier eine Zusammenfassung der Rede.

Gleich zu Beginn betonte Chamenei, dass es bei dieser Rede nicht um Parolen gehe, sondern um wichtige Grundsätze der Politik und der Wirtschaft der Islamischen Republik.

Er habe das neue Jahr das "Jahr der Widerstandswirtschaft, des Entschlusses und der Aktion" genannt, sagte Chamenei. Vielleicht hätten manche eine kulturelle oder moralische Zielsetzung erwartet. Doch angesichts der Gesamtlage des Landes habe er sich auch in diesem Jahr, so wie bereits im Vergangenen, für die Wirtschaft entschieden.

Eine gründliche Analyse der gegenwärtigen Lage zeige, dass die Politik der Arroganz, insbesondere der USA, den Iranern suggerieren wolle, das Land stehe vor einem Scheideweg: "Entweder müssen wir uns den Wünschen der USA beugen, oder wir müssen den Druck der USA und die daraus folgenden Probleme aushalten." Die Kooperation mit den USA unterscheide sich grundsätzlich von der mit anderen Staaten. "Denn die USA verfügen über einen enormen Reichtum, einen großen Propagandaapparat, gefährliche Waffen und unbegrenzte Möglichkeiten." Wer sich auf die USA einlasse, müsse die eigene Position zu deren Gunsten aufgeben, ohne von der Gegenseite ein Entgegenkommen zu erwarten.

Als Beispiel nannte Chamenei das jüngste Atomabkommen. "Wir haben zwar dem Abkommen zugestimmt, (...) aber auch hier wurde dasselbe Prinzip durchgesetzt. Unser Außenminister sagte mir immer wieder, hier und dort habe er unsere rote Linie nicht durchsetzen können. So ist es eben bei einem Abkommen mit den USA. Man muss auf eigene Forderungen verzichten."

Das sei die Alternative (zum politischen Kurs der Islamischen Republik), die im In- und Ausland mit unterschiedlichen Argumenten diskutiert, auf verschiedenen Wegen unter den Eliten Irans propagiert und in der Bevölkerung verbreitet werde, sagte Chamenei. Selbstverständlich gebe es im Inland Personen, die von dieser Alternative überzeugt seien und versuchten, andere ebenfalls davon zu überzeugen. "Sie sagen, Iran verfüge wirtschaftlich über große Kapazitäten." Ziel des Atomabkommens sei es gewesen, diese Kapazitäten zu aktivieren. Dafür sei das Abkommen jedoch nicht ausreichend. Es gebe auch andere Fragen, über die Iran Entscheidungen treffen müsse. Zum Beispiel herrsche zurzeit im Nahen und Mittleren Osten Chaos. "Wenn ihr wollt, dass dieses Chaos nicht auf euer Land übergreift, müsst ihr euch bemühen, es zu beenden. Dazu müsst ihr euch mit den USA zusammensetzen und einen Weg einschlagen, den die USA vorschreiben." Es gebe auch weitere Probleme, die gelöst werden müssten. Dabei solle Iran seine Prinzipien aufgeben, auf seine roten Linien verzichten, um dann seine wirtschaftlichen Kapazitäten aktivieren zu können. "Das ist die Alternative, die uns angeboten wird. Wir haben beim Atomabkommen Zugeständnisse gemacht, nun sollen andere Abkommen folgen, damit wir

in Ruhe leben können. Das ist die Logik, die den Eliten und dem Volk suggeriert werden soll“, sagte der Revolutionsführer.

"Was bedeutet diese Alternative. Sie bedeutet, dass die Islamische Republik auf Grundsätze, die durch den Islam bestimmt werden ebenso wie auf die eigene Staatsordnung verzichtet, die Unterstützung des palästinensischen Volkes und des Widerstands in der Region beendet, den Unterdrückten Menschen in Jemen, Bahrain und anderswo nicht mehr politisch beisteht und andere Wünsche der Gegenseite erfüllt. Sie bedeutet, dass unser Volk so lebt, wie die Gegenseite es wünscht. Das bedeutet, dass die Islamische Republik so wie manche Staaten in der Region mit dem zionistischen Regime kooperiert und das Problem Palästina in den Schatten anderer Probleme stellt. Das bedeutet, dass die Islamische Republik handelt wie manche Staaten in der Region, die dem zionistischen Regime schamlos die Freundschaftshand gereicht haben. Selbstverständlich wird es auch damit nicht genug sein. Es wird soweit kommen, dass von der Islamischen Republik verlangt wird, falls die USA es wünschten, sogar auf die eigenen Verteidigungsinstrumente zu verzichten. "

"Was für ein Lärm haben sie (die USA) veranstaltet über die Raketen. Warum sollte Iran Langstreckenraketen besitzen, warum hat Iran die Raketen getestet, warum Manöver durchgeführt, hieß es. Davon, dass die Amerikaner am Persischen Golf mehrere Tausend Kilometer von ihrer Heimat entfernt gemeinsam mit einem der Regionalstaaten von Zeit zu Zeit Militärmanöver veranstalten, wird nicht gesprochen. Wenn aber Iran im eigenen Land Raketen testet, geht ein Geschrei los."

"Sie (die USA) werden bald soweit gehen und fragen, warum die Al-Kuds-Brigade, warum die Revolutionsgarden gebildet worden sind, warum diese Militärübungen durchgeführt werden müssen. Warum muss die Innenpolitik der Islamischen Republik mit der Verfassung und dem Islam übereinstimmen? Wenn ihr dem Feind gegenüber nachgibt, wird er sich immer mehr nach vorn wagen. Am Ende wird es um den Charakter, um die Substanz der Islamischen Republik gehen. Es kann sein, dass man die Schale beibehält, aber der Inhalt wird gänzlich entstellt. Das ist es, was der Feind will. Wenn also die Islamische Republik von den USA in Ruhe gelassen werden will, muss sie auf ihre eigene Substanz, auf den Islam, auf die eigene Sicherheit verzichten."

Doch selbst wenn Iran bereit wäre, zugunsten eines Abkommens auf eigene Forderungen zu verzichten, sei es nicht sicher, dass die Vereinbarungen eingehalten würden, sagte Chamenei weiter. Das zeige das Verhalten der Amerikaner nach dem Atomabkommen. "Die USA haben ihre Pflichten, die sie eingegangen sind, nicht erfüllt. Sie haben zwar, wie unser Außenminister sagt, auf dem Papier einiges akzeptiert, aber dann alles versucht, um Iran am Erreichen seiner Ziele zu hindern. Heute haben wir in allen Staaten des Westens und in jenen Staaten, die mit dem Westen verbunden sind, bei der Abwicklung unserer Bankgeschäfte weiterhin erhebliche Probleme. Wir können über unsere Guthaben nicht verfügen. Wenn wir nach dem Grund suchen, stellen wir fest, dass die Banken sich vor möglichen Sanktionen der USA fürchten."

"Leute, die ihre Hoffnungen an Verhandlungen und Vereinbarungen mit den USA knüpfen, ignorieren die Tatsache, dass wir bei dem Abkommen unsere Verpflichtungen erfüllen müssen, während die Gegenseite mit List und Betrug ihre Pflichten vernachlässigt. Das sehen wir vor unseren Augen. Den Schaden haben wir zu tragen."

Iran habe in der gesamten Region eine herausragende geostrategische Position. Die Öl- und Gasquellen seien ein seltenes Privileg. Zudem besitze das Land auch andere Bodenschätze. Dieses Land sei einst gänzlich in der Hand der USA gewesen. Die Amerikaner hätten alles getan, was sie wollten, sie hätten den Reichtum des Landes geraubt und alles unternommen, was ein arroganter Staat gegen ein schwaches Land unternemen könne. Die Islamische Revolution habe das Land aus diesen Krallen befreit. Die Rachegefühle, die damit bei den Amerikanern erzeugt worden seien, säßen immer

noch tief. Diese Gefühle würden nur dann gestillt werden, wenn die alten Verhältnisse wiederhergestellt werden würden, sagte Chamenei.

"Die Amerikaner beherrschen ihr Handwerk. Sie wissen, dass sie langsam vorgehen müssen. Wir müssen die Augen offen halten, müssen gut aufpassen. Die Islamische Republik hat nicht nur Iran aus den Krallen der USA befreit, sondern durch ihren unbeugsamen Widerstand auch andere Länder zum Widerstand ermuntert. Heute wird in vielen Staaten, auch außerhalb unserer Region, "Tod den USA" gerufen. Das iranische Volk hat gezeigt, dass es Widerstand leisten kann. Die Amerikaner haben angekündigt, ein "Greater Middle East" bilden zu wollen. Ihr Ziel war es, im Herzen der islamischen Welt die Herrschaft des zionistischen Regimes zu etablieren. Nun stehen sie ratlos vor den Problemen im Irak, in Jemen, Syrien und Palästina. Für diese Lage machen sie Iran verantwortlich. Es geht also nicht um Kleinigkeiten. Sie (die USA) befinden sich auf dem Vormarsch, sie wollen die alten Verhältnisse wieder herstellen."

Das alte Schah-Regime in Iran sei das wichtigste Bollwerk der USA und Großbritanniens in der Region gewesen. Die islamische Revolution habe dieses Bollwerk vernichtet und die Herrschaft des Volkes an die Stelle der Herrschaft des Königs gesetzt.

"Es gab auch andere Bollwerke, psychologische Bollwerke der Angst vor den Supermächten. Alle fürchteten sich vor den USA, nicht nur die Bürger, sondern auch das Regime. Aus den Memoiren der damaligen Staatsführung ist zu entnehmen, dass der Schah und seine engen Mitarbeiter mit den Amerikanern nicht zufrieden waren, aber deren Befehle und Anweisungen ausführten, weil sie Angst hatten. Die islamische Revolution hat auch das Bollwerk der Angst vernichtet."

Heute könne man unter den Gebildeten, die sich auf die Werte des Islam stützten, niemanden finden, der "die USA und andere Mächte der Arroganz" fürchteten. Im achtjährigen Krieg (zwischen Iran und Irak) hätten die USA Saddam Hussein unterstützt. Auch die Sowjetunion und einige arabische Staaten hätten auf der Seite Iraks gestanden. Ost und West hätten eine Front gegen Iran gebildet. Dennoch habe die Islamische Republik Widerstand geleistet und sei am Ende als Sieger hervorgegangen, sagte Chamenei.

"Zu den Bollwerken des Feindes gehörte der Versuch, das Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein des Volkes zu zerstören. Die Menschen schauten mit Sehnsucht auf den Glanz des Westens. Wenn aus Iran etwas werden soll, muss er so werden wie der Westen, meinten sie. Die Revolution hat dem Volk wieder Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein gegeben. Heute ist die iranische Jugend davon überzeugt, den wissenschaftlichen Fortschritt selbst vorantreiben zu können. Wenn die Parole, "ja, wir können das" verbreitet wird, wird die Fähigkeit zur Bewältigung der Probleme folgen. Das ist genau das, was wir heute in Iran beobachten können."

"Der Feind (damit sind die USA gemeint) sagt heute, wir hegen keine Feindschaft gegen euch, er schickt uns Neujahrgrüße und sorgt sich um unsere Jugend. Im Weißen Haus wird Noruz (das Neue Jahr) gefeiert. Das sind Spielchen für die Kinder. Gleichzeitig werden die Sanktionen gegen uns aufrechterhalten. Das US-Finanzministerium setzt alle Mittel ein, um den Handel von Großunternehmen und Banken mit der Islamischen Republik zu verhindern. Das ist pure Feindschaft."

"Sie (die USA) kennen unser Volk nicht. Unser Volk ist gut informiert und kennt seine Feinde. Wir haben mit den Menschen in den USA keine Probleme, wir haben mit keinem Volk Probleme. Probleme haben wir mit den Politikern."

"Es gibt Tatsachen, die sich nicht leugnen lassen. Wir haben große Kapazitäten in unserem Land, sowohl durch die Natur als auch personell. Die Islamische Republik ist inzwischen zu einer regionalen Macht geworden, die in der Region, aber auch darüber

hinaus über großen Einfluss verfügt. Das ist eine Tatsache, die wir kennen und schätzen sollten."

"Für die Feindschaft der USA gegen uns gibt es genug Gründe. Sie torpedieren das Atomabkommen, drohen mit Sanktionen. Nun stehen in den USA Wahlen bevor. Es gibt keine Garantie dafür, dass die neue Regierung sich an das Abkommen hält. Die Kandidaten wetteifern um negative Äußerungen über die Islamische Republik."

"Allerdings sind die Instrumente, über die der Feind verfügt, nicht unbegrenzt. Die wichtigsten Instrumente sind Propaganda, Iran-Phobie und Sanktionen. Der Feind spürt, dass er unserem Land und unserem Volk mit Sanktionen schaden kann. Wir selbst haben ihn leider in seinem Vorhaben bestärkt, indem wir die Wirkung der Sanktionen zeitweise übertrieben groß dargestellt haben. Auf der anderen Seite haben wir die Wirkung der Aufhebung der Sanktionen ebenfalls übertrieben dargestellt und erklärt, wenn diese aufgehoben werden, würde diese und jenes geschehen. Dazu ist es aber nicht gekommen (gemeint ist ein wirtschaftlicher Aufschwung) und wenn wir so weitermachen, wird es auch in Zukunft nicht dazu kommen."

"Wir stehen an einem Scheideweg. Der Scheideweg, den der Feind uns aufzeigt, ist eine Lüge. Unser Scheideweg heißt: Entweder müssen wir die Probleme, die durch Sanktionen entstehen ertragen, oder wir müssen den Sanktionen eine Wirtschaft des Widerstands entgegensetzen. Wir müssen uns entscheiden und handeln. Die Regierung hat einige Schritte unternommen. Aber das ist erst der Anfang." Zunächst müsse die Regierung die wichtigsten Wirtschaftszweige identifizieren und sich auf diese konzentrieren. Zweitens müsse die Inlandsproduktion belebt werden. Heute lägen im Durchschnitt sechzig Prozent der Kapazitäten brach. Diese Kapazitäten müssten reaktiviert werden. Schließlich gebe es auch noch die Außenwirtschaft, so Chamenei. "Wir müssen Waren importieren, aber zugleich darauf achten, dass sie nicht unsere Inlandsproduktion schwächen."

Als Beispiel nannte Chamenei die Flugzeuge, die die Regierung im Ausland bestellt hat. "Manche meinen, es wäre besser, einen Teil des Geldes in den eigenen Flugzeugbau zu investieren", sagte er.

Es gebe Wirtschaftszweige wie Öl und Gas oder Maschinenbau, die für die Autoindustrie sowie den Schiff- und Flugzeugbau wichtig seien. Iran sei in der Lage, alle diese Wirtschaftszweige weiterzuentwickeln. "Wenn unseren jungen Wissenschaftler in der Lage sind, zielsichere Langstreckenraketen zu bauen, dann werden sie auch in der Lage sein, andere Industriezweige weiterzuentwickeln. Bereits jetzt gibt es in unserem Land Fabriken, deren Produkte besser sind als ähnliche Produkte aus dem Ausland. (...) Wir müssen bei allen Geschäften mit dem Ausland den Technologietransfer zur Bedingung machen."

"Wir müssen die Korruption ernsthaft bekämpfen, Privilegien abschaffen, die Schmutzwirtschaft ausrotten. Wir müssen den mittleren und kleineren Unternehmen besondere Aufmerksamkeit schenken."

"Alle diese Aktivitäten sind Bestandteile der Widerstandswirtschaft. Wenn wir uns daran halten, verlieren Sanktionen ihre Wirkung. Dann müssen wir auch nicht auf unsere roten Linien verzichten. "

"Auch die kulturellen Fragen sind wichtig, darauf lege ich besonderen Wert. Es gibt in der Bevölkerung Tausende von Initiativen. Die Regierung muss diese Initiativen unterstützen, anstatt ihre Arme für jene zu öffnen, die die islamischen Werte nicht akzeptieren. Die jungen revolutionären Hisbollahis müssen unterstützt werden. Wenn die revolutionäre Jugend präsent und von den eigenen Fähigkeiten überzeugt ist, können die USA nichts ausrichten."

CHAMENEI KONTRA ROHANI

Die Kontroverse zwischen Revolutionsführer Ali Chamenei und Präsident Hassan Rohani, die seit geraumer Zeit auch öffentlich ausgetragen wird, hat zu Beginn des neuen Jahres (21. März) einen neuen Höhepunkt erreicht. Die oben ausführlich zitierte Rede Chameneis macht deutlich, dass der Revolutionsführer dem Atomabkommen nur halbherzig und mit Widerwillen zugestimmt hat und sich nun an die Spitze der Gegner der Regierung Rohani stellt, die gegen die Öffnung nach außen, und vor allem gegen die Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind, und gleichzeitig auch eine Öffnung nach innen ablehnen.

Zu den kontroversen Themen gehört neben der Außen- und Kulturpolitik die Rolle der Revolutionsgarden und des Wächterrats. Auseinandersetzung zwischen dem Revolutionsführer und dem Staatspräsidenten hat es in allen Perioden der Islamischen Republik gegeben, in der Ära Rafsandschani, in der Ära Chatami, ja sogar in der Ära Ahmadinedschad, den Chamenei zunächst besonders bevorzugt behandelt hatte. Doch diese Auseinandersetzungen wurden zumeist in der zweiten Amtsperiode des jeweiligen Präsidenten öffentlich ausgetragen. Anders nun bei Rohani, der seine erste Amtsperiode noch nicht zu Ende gebracht hat. Während Rohani mit sanften Worten, aber entschlossen, auf die Attacken Chameneis reagiert, wird der Ton des Revolutionsführers immer deutlicher und rauer. So hat er die Rede Rohanis zum neuen Jahr wenige Stunden danach ins Lächerliche gezogen und ihn indirekt der Kollaboration mit dem Westen und der Abkehr von den Grundsätzen der Islamischen Republik bezichtigt.

Rohani hatte in seiner Rede das Atomabkommen, das in Iran "Bardscham" genannt wird, als großen Erfolg und Wandel in der Außenpolitik bezeichnet. Diesem folge nun "Bardscham 2", das eine Öffnung nach innen einleiten soll. Der erste Schritt dazu seien die Parlamentswahlen vom 26. Februar gewesen. "Was wir letztes Jahr mit dem Atomabkommen geschafft haben, wollen wir dieses Jahr nun auch innenpolitisch erreichen", sagte Rohani. Im vergangenen Jahr seien in allen Bereichen die Weichen für die "Blüte unseres Landes" gestellt worden. Das neue Jahr bezeichnete Rohani als das "Jahr der Hoffnung und der Aktivitäten". "Wir können ein Iran aufbauen, das unserem Volk würdig ist", sagte er.

Ohne Rohani beim Namen zu nennen, sagte Chamenei ironisch, "Bardscham 1, Bardscham 2, Bardscham 3 usw. müssen durchgesetzt werden, damit wir (von den Feinden) in Ruhe gelassen werden. Dies ist genau der Plan, den sie (unsere Feinde) unter den Eliten propagieren und in der Bevölkerung verbreiten wollen." Das war direkt auf den Präsidenten gemünzt, denn er war der erste, der überhaupt von "Bardscham 2" gesprochen hatte.

Der Grund für die provokante Herausforderung kann darin liegen, dass Rohani aus der Sicht Chameneis nicht zuletzt durch das Atomabkommen zu populär geworden ist. Aber auch ideologische Kontroversen spielen dabei eine Rolle. Während Rohani das Land für ausländische Investoren öffnen und damit einen wirtschaftlichen Aufschwung erreichen will, befürchtet Chamenei, dass dem ausländischen Kapital eine kulturelle Unterwanderung folgen könnte und der islamische Staat dadurch seine Legitimation verlieren würde. Er tritt für eine autarke Wirtschaft ein, die er als „Widerstandswirtschaft“ bezeichnet. Damit schließt er sich den Kritikern Rohanis an, die der Regierung vorwerfen, mit ihren Einkäufen im Ausland staatliche Gelder verschwendet zu haben.

Die Kontroverse zwischen dem Revolutionsführer und dem Präsidenten hat die bestehende Spaltung zwischen den Konservativen und den Hardlinern auf der einen und den Moderaten, Gemäßigten und Reformern auf der anderen Seite weiter vertieft. Während der Revolutionsführer und seine Anhänger die meisten Hebel der Macht in der Hand halten, hat die Regierung eine weitaus größere Basis im Volk. Spätestens bei der

nächsten Präsidentschaftswahl, die im Juni 2017 stattfinden wird, wird sich zeigen, welche Seite sich letztendlich durchsetzen kann.

ROHANI: ÜBER AUßEN- UND INNENPOLITIK ENTSCHEIDET DAS VOLK

In einer Stellungnahme zu den Wahlen des Parlaments und des Expertenrats sagte Rohani am 1. März, die Wähler hätten sich für Kooperation und Verständigung mit der Außenwelt ausgesprochen. "Den Weg der Entwicklung und die Art der Regierung legen die Wähler fest." Wenn über die Außen- oder Innenpolitik in der Staatsführung Meinungsverschiedenheiten bestünden, würde das Volk über den richtigen Weg entscheiden. Die Zeit der Konfrontation sei vorbei. "Leute, die immer noch an Konfrontation glauben, haben selbst nach zwei Jahren die Botschaft von 2013 nicht begriffen" (2013 wurde Rohani zum Präsidenten gewählt).

Es sei notwendig, die Beziehungen der Islamischen Republik zum Westen auszubauen, betonte Rohani. "Die Menschen in unserem Land sind für die Kooperation mit der ganzen Welt." Iran sei schon vor Tausenden von Jahren das Verbindungsland zwischen Osten und Westen gewesen und wolle nun diese Rolle fortsetzen.

WARNUNG VOR ÄUßEREN UND INNEREN FEINDEN

Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe bei den Revolutionsgarden, General Amir Ali Hadschadeh, sagte in einem Interview mit dem staatlichen Fernsehen am 28. März, die iranischen Streitkräfte hätten keine Furcht vor einem Angriff von außen, "unsere Sorgen betreffen das Inland". Der Westen jage den Verantwortlichen mit seinen Angriffsdrohungen Angst ein und es sei gerade diese Angst, die die größte Bedrohung des Landes darstelle. "Wir empfehlen den Verantwortlichen, habt keine Angst, seid nicht besorgt. (...) Die Söhne des Volkes bei den Streitkräften werden mit aller Kraft jeden Angriff zurückschlagen. Darüber brauchen wir uns keine Sorgen zu machen."

"Sorgen machen uns all diejenigen, die die Verantwortlichen beeinflussen, all die Herrensöhnchen, Töchterchen, Vettern und Cousinsen", sagte der General. Damit spielt Hadschadeh auf jene Generation an, die nicht mehr bereit ist, die Lebensauffassungen der Islamisten zu akzeptieren. Hierzu gehören auch die Söhne und Töchter führender Politiker des Landes.

Auch andere führende Militärs haben in den letzten Wochen immer wieder davor gewarnt, dass das Atomabkommen zu Abweichungen von den Grundsätzen der Islamischen Republik führen könnte. Vor allem geht es dabei um die Fortsetzung des Raketenprogramms. Die Revolutionsgarden haben mehrmals erklärt, dass sie die UN-Resolution bezüglich des iranischen Raketenprogramms und der Raketentests nicht akzeptieren werden. Hadschadeh, der auch das Raketenprogramm leitet, sagte, Proteste und Sanktionen würden Iran nicht von der Fortsetzung des Programms abhalten. "Selbst wenn sie um unser Land eine Mauer errichten würden, werden wir den Raketenbau nicht aufgeben."

Indes hat der Parlamentsabgeordnete Modschtaba Solnur, der zuvor Beauftragter des Revolutionsführers bei den Revolutionsgarden war, vor äußeren Feinden gewarnt, die "mittels des Atomabkommens die Islamische Republik unterwandern und schließlich einen Regimewechsel herbeiführen wollen". Es gebe auch im Inland Verantwortliche, die ähnliche Argumente wie die Feinde verbreiteten. Diese "arbeiten entweder mit den Feinden zusammen oder sie haben nicht genug Ahnung", sagte der Geistliche laut der Agentur Fars am 24. März.

Es sei zu erwarten gewesen, dass der Westen nach den Verhandlungen über das Atomprogramm Themen wie Menschenrechte oder die Unterstützung der libanesischen Hisbollah durch Iran zur Diskussion stellen würde, sagte Solnuri. "Und wenn die Feinde heute von "Bardscham 2" sprechen, gehört auch dies zum langfristigen Plan für den Sturz bzw. für die Umwandlung und Unterhöhnung der Islamischen Republik." (Das Atomabkommen wird in Iran Bardscham genannt. Der Begriff „Bardscham 2“ wurde von Präsident Rohani geprägt. Er bezeichnet die Öffnung des Landes nach innen, die der Öffnung nach außen nun folgen soll.)

"Ich bin davon überzeugt: Jene, die Bardscham auch auf die Innenpolitik beziehen, folgen entweder dem langfristigen Plan der Feinde, oder sie haben keine Ahnung von den Realitäten oder sie wollen dem Volk einen vermeintlichen Erfolg aufschwätzen und es überlisten. Aus unserer Sicht ist Bardscham weder ein Erfolg noch eine Niederlage, denn wir haben viel gegeben und werden möglicherweise etwas dafür bekommen. Noch hat der Westen seine Versprechungen nicht eingelöst. Solange die tatsächlichen Ergebnisse des Abkommens nicht realisiert sind, darf man das Volk nicht in die Irre führen. Solange die Menschen die Ergebnisse des Abkommens nicht spüren, dürfen solche Begriffe wie Bardscham nicht verwendet werden", sagte Solnuri.

WENIGER FRAUEN IM NEUEN PARLAMENT ALS ERHOFFT

Die Kandidatinnen für die Parlamentswahlen am 26. Februar hatten gehofft, etwa dreißig Prozent der 290 Sitze erringen zu können. Doch wie das Innenministerium am 2. März bekannt gab, wurden lediglich 14 Frauen ins neue Parlament gewählt. Weitere neun Frauen müssen in die Stichwahl, die Mitte April stattfinden soll. In der vergangenen Legislaturperiode waren nur neun Frauen im Parlament vertreten. Zur Wahl des Expertenrats wurde keine einzige Bewerberin zugelassen.

YASDI: "ICH AKZEPTIERE DAS VOTUM DES VOLKES"

Der noch amtierende Vorsitzende des Expertenrats, Ayatollah Mohammad Yasdi, hat laut seinem Sprecher Gholam Ali Ebrahimi erklärt: "Ich akzeptiere das Votum des Volkes." Die Stellungnahme vom 5. März erfolgte nachdem in den Medien berichtet wurde, dass es Versuche gebe, einige Abgeordnete, die bei der Wahl des Expertenrats am 26. Februar gewählt wurden, zum Verzicht auf ihr Mandat zu bewegen. In diesem Fall hätten Yasdi und möglicherweise auch Ayatollah Mohammad Taghi Mesbah Yasdi nachrücken können. Bei der Wahl war Yasdi auf Rang 17 und Mesbah Yasdi auf Rang 19 gelandet. Beide hatten in der Hauptstadt Teheran kandidiert, wo die ersten sechzehn Kandidaten mit den meisten Stimmen gewählt wurden. Die Wahlschlappe für die beiden Erzkonservativen wurde seitens der Konservativen als schwerer Schlag empfunden.

Ebrahimi bezeichnete die Berichte in den Medien als "Stimmungsmache" und erklärte, Yasdi würde es nicht akzeptieren, wenn jemand aus Opportunität oder Solidarität auf sein gewonnenes Mandat verzichten würde, um für ihn einen Sitz freizumachen.

Revolutionenführer Ali Chamenei äußerte sein Bedauern über das Scheitern von Yasdi und Mesbah Yasdi. Dadurch habe der Expertenrat einen großen Schaden davon getragen, sagte er bei einem Treffen mit den Abgeordneten des Expertenrats. Allerdings gebe es Persönlichkeiten wie Yasdi und Mesbah Yasdi, die, ob gewählt oder nicht gewählt, ihre Größe behielten. Dass sie nicht gewählt worden seien, werde nicht ihnen, sondern dem Expertenrat schaden.

Der Expertenrat habe die Pflicht, bei der Wahl des künftigen Revolutionenführers drei Eigenschaften zu berücksichtigen, so Chamenei: Er müsse ohne Rücksichtnahme "revolutionär bleiben, revolutionär denken und revolutionär handeln". Der neue Führer,

dessen Wahl zu den Aufgaben des Expertenrats gehört, müsse sich laut Chamenei nur nach dem Willen Gottes, den Bedürfnissen des Landes und der Wahrheit richten. Andernfalls werde es große Probleme geben.

Chamenei verteidigte die Rolle des Wächterrats, der vor jeder Wahl über die Eignung der Kandidaten entscheidet, und sagte, die Kritiker des Gremiums "leisten ungewollt den Feinden der Islamischen Republik Gefolgschaft". Der Wächterrat habe seine Pflichten bestens erfüllt. Wenn es dennoch Probleme gegeben habe, liege es an den Gesetzen, die geändert werden müssten. Die Eignung von 12.000 Kandidaten innerhalb von zwanzig Tagen zu prüfen, sei problematisch. Jeder Angriff gegen den Wächterrat sei ein Akt gegen den Islam, gegen die Verfassung und gegen die Revolution, betonte Chamenei.

HÖCHSTE ZAHL AN HINRICHTUNGEN SEIT ZWANZIG JAHREN

Aus dem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen geht hervor, dass 2015 in der islamischen Republik fast 1.000 Menschen hingerichtet wurden. So viele Hinrichtungen gab es seit 20 Jahren nicht mehr. Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Iran, Ahmad Shaheed, der seinen Bericht am 10. März vorlegte, erklärte, die meisten Todesurteile seien wegen Drogenbesitzes verhängt worden. Hinzu kämen Hinrichtungen wegen Korruption und bestimmten sexuellen Handlungen. Besonders schockierend seien die von ihm registrierten sechzehn Hinrichtungen von Jugendlichen unter 18 Jahren. Das sei, erklärte Shaheed, nach internationalem Recht und der Konvention der Menschenrechte "strikt und unmissverständlich" verboten.

Shaheed kritisierte in seinem Bericht zahlreiche Fälle von Menschenrechtsverletzungen und wies dabei auf Folter und Einzelhaft sowie erhebliche Einschränkungen hin, von denen Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Kulturschaffende und Oppositionelle betroffen seien. Auch die Rechte der Kinder würden verletzt. Er kritisierte Gesetze, denen zufolge neujährige Mädchen zum Tode verurteilt oder zum Geschlechtsverkehr mit älteren Ehemännern gezwungen werden könnten. Die Zahl der Hinrichtungen gab er mit insgesamt 996 an.

Neben den kritischen Bemerkungen gegen die iranische Justiz begrüßte Shaheed aber die Bemühungen der iranischen Regierung, an einer Reduzierung der Zahl der Hinrichtungen zu arbeiten.

Eine Gruppe von Abgeordneten im islamischen Parlament hat kürzlich einen Gesetzesentwurf vorgelegt. Demnach soll bei Drogendelikten künftig die Todesstrafe durch eine lebenslange Haft ersetzt werden. Shaheed forderte die Islamische Republik auf, die Todesstrafe ganz abzuschaffen und alle Gesetze, die ein Auslösen des Lebens gestatteten, zu reformieren. Zudem forderte er ein Verbot der Todesstrafe insbesondere für Jugendliche unter 18 Jahren. Schließlich verlangte er, alle Gesetze, die die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen beförderten, zu reformieren.

Der UN-Menschenrechtsrat hat am 24. Dezember Shaheeds Auftrag als Sonderberichterstatter für Iran für ein weiteres Jahr verlängert. Zwanzig Delegierte stimmten für die Verlängerung, fünfzehn dagegen, elf Delegierte enthielten sich. Iran gehört zu den wenigen Staaten, für die der Menschenrechtsrat einen Sonderberichterstatter beauftragt hat. Iran hat sich bisher geweigert, Shaheed ein Einreisevisum zu erteilen. Auch jetzt hat Teheran wieder gegen die Verlängerung protestiert. Außenamtssprecher Hossein Dschaberi Ansari sagte, es gebe keinerlei juristische Grundlage für die Ernennung eines Sonderberichterstatters. Die Ernennung sei ein politischer Akt und habe mit Menschenrechten nichts zu tun. Dies mache auch die Abstimmung deutlich. Unter den Staaten, die der Verlängerung zugestimmt hätten, seien auch solche wie Saudi-Arabien, Katar und die Arabischen Emirate gewesen, in denen Menschenrechte, die Rechte der Frauen, der Einwanderer sowie die elementaren

Bürgerrechte verletzt würden. Zudem hätten diese Staaten mit ihrer Außenpolitik und der Unterstützung des Terrorismus und Extremismus die gesamte Region destabilisiert und sie ins Chaos gestürzt. Die nun erfolgte Zustimmung dieser Staaten zu einem Sonderberichterstattung für Iran bedeute, dass sie auch mit einem Bericht über die Lage der Menschenrechte in ihren eigenen Ländern einverstanden seien.

Ansari verwies auch auf eine von Präsident Rohani angekündigte Konvention der Bürgerrechte hin, die mit den Grundsätzen des Islam und der Verfassung der Islamischen Republik übereinstimmen soll. Sie solle demnächst verabschiedet werden. Zudem betrachte Iran die Verbesserung der Lage der Menschenrechte als seine Pflicht und habe daher kontinuierlich mit der Menschenrechtsorganisation der UNO zusammengearbeitet.

KULTUR

Osnabrücker Friedenspreis für iranischen Film / Farahani als Anna Karenina in Pariser Theater / Fatwa gegen Rushdie verurteilt / Konzerte an Universitäten nicht erlaubt / Rahbari legt Leitung des Teheraner Symphonieorchesters nieder

OSNABRÜCKER FRIEDENSPREIS FÜR IRANISCHEN FILM

Einem Bericht der dpa vom 10. März zufolge zeichnete die Stadt Osnabrück den Film „No Land's Song“ vor dem Kinostart mit dem Friedenspreis aus. Der Film kam am 10. März bundesweit in die Kinos. Er dokumentiert die Aktivitäten der iranischen Komponistin Sara Najafi. Gedreht wurde er mit minimalen Mitteln von ihrem Bruder.

Najafi rebellierte gegen die seit 37 Jahren in der Islamischen Republik herrschende Zensur des weiblichen Sologesangs und veranstaltete in Teheran ein Konzert mit Musikerinnen aus Iran, Tunesien und Frankreich.

Das Konzert wurde am 22. März zum ersten Mal auch öffentlich in Deutschland in der Landesvertretung Niedersachsen in Berlin aufgeführt. Dabei traten drei prominente Sängerinnen, Emel Mathlouthi, Parvin Namazi und Sayeh Sudefi, sowie sechs weitere Musikerinnen und Musiker auf.

FARAHANI ALS ANNA KARENINA IN PARISER THEATER

Die bekannte iranische Schauspielerinnen Golschifteh Farahani wird demnächst als Anna Karenina in Paris zu sehen sein. Der gleichnamige Roman von Leo Tolstoi wird unter der Leitung des Regisseurs Gaetan Vassart am Théâtre de la Tempete vom 12. Mai bis 12. Juni aufgeführt.

Es ist das erste Mal, dass die nun 32jährige Farahani in Europa auf einer Theaterbühne auftritt. Sie gehört zu den erfolgreichsten iranischen Schauspielerinnen der letzten Jahre. Sie ist die Tochter des Schauspielers und Theaterregisseurs Behzad Farahani. Auch ihre Schwester Schaghayegh Farahani ist eine bekannte Schauspielerin.

Golschifteh Farahani spielte bereits mit fünf Jahren Klavier und besuchte schon in jungen Jahren eine Musikschule. Mit vierzehn übernahm sie die Hauptrolle in Dariush Mehrjuis Film "Deracht-e Golabi" (der Birnbaum). Dafür wurde sie bei den Teheraner Filmfestspielen Fadschr als beste Schauspielerin ausgezeichnet. Berühmt wurde sie mit dem politisch umstrittenen Film Santouri von Mehrjui. Ab dem Jahr 2000 gewann sie mehrere Preise auf internationalen Filmfestspielen. 2008 wurde sie mit dem US-amerikanischen Thriller "Der Mann, der niemals lebte" von Ridley Scott international bekannt. Damit war sie die erste iranische Schauspielerin, die in einem Hollywood-Film

mitspielte. Allerdings führte ihr Auftritt in diesem Film dazu, dass die Vorführung des Films "Alles über Elly" von Asghar Farhadi, in dem Farahani auch mitspielte, Schwierigkeiten in Iran bekam. Die Einschränkungen, die ihr in Iran auferlegt wurden und der Druck, den die Behörden auf sie ausübten, zwangen Farahani, das Land zu verlassen. Seitdem lebt sie in Paris. Hier arbeitete sie unter anderem mit der ebenfalls im Pariser Exil lebenden Iranerin Marjane Satrapi zusammen.

FATWA GEGEN RUSHDIE VERURTEILT

Nach 27 Jahren hat die schwedische Nobelpreis-Akademie das von Ayatollah Chomeini ausgesprochene Todesurteil gegen den indisch-britischen Schriftsteller Salman Rushdie verurteilt. Grund des Todesurteils war die Veröffentlichung des Romans "Die satanischen Verse", der von vielen Muslimen als gotteslästerlich empfunden wurde. Damals gab es in einigen islamischen Ländern Massendemonstrationen, bei denen auch Menschen ums Leben kamen. Rushdie musste sich daraufhin jahrelang versteckt halten.

Als Chomeini 1989 das Urteil aussprach, gab es seitens der Akademie keine Stellungnahme mit der Begründung, sie mische sich in politische Angelegenheiten nicht ein. Der Beschluss war innerhalb der Akademie umstritten. Zwei der achtzehn auf Lebenszeit gewählten Mitglieder kehrten damals aus Protest der Akademie den Rücken.

Warum die Akademie nach nun 27 Jahren ihre Meinung geändert hat, wurde nicht erläutert. Sie verwies aber auf die Ankündigung von rund vierzig iranischen Medien, die kürzlich ein zusätzliches Kopfgeld von 537.000 Euro auf den Tod Rushdies ausgelobt hatten. "Das Todesurteil und das Kopfgeld verletzen klar das Völkerrecht", erklärte nun die Akademie. "Dass das Todesurteil als Strafe für ein literarisches Werk ausgesprochen wurde, ist zudem eine schwere Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung."

Rushdie twitterte: "Ich möchte mich bei der Akademie bedanken. Für die Stellungnahme bin ich sehr dankbar." Thomas Riad, Sprecher der Nobelpreis-Akademie, sagte, die Stellungnahme sei ohne Auseinandersetzungen erfolgt. Er bezeichnete Rushdie als "Symbol der freien Meinungsäußerung".

KONZERTE AN UNIVERSITÄTEN NICHT ERLAUBT

Der Rat zur Islamisierung der Universitäten und Bildungszentren hat eine Satzung verabschiedet, wonach musikalische Darbietungen an den Universitäten stark eingeschränkt werden sollen. Iranischen Medien vom 7. März zufolge heißt es dort: "Die Aufführung von Konzerten und anderen musikalischen Darbietungen gehört nicht zu den Aufgaben der Universitäten, sie sind nicht erlaubt."

Die neue Einschränkung ist wahrscheinlich eine Maßnahme, die mit einer Äußerung des Revolutionsführers Chamenei in Juni vergangenen Jahres in Verbindung steht. Damals hatte Chamenei vor einer Versammlung von Studenten Konzertveranstaltungen an den Universitäten und gemischte Ferien camps als "den größten Fehler, den man machen kann" bezeichnet. Sie würden den Universitäten unter dem Vorwand, eine freudige Atmosphäre zu schaffen, aufgezwungen.

Gemäß der neuen Satzung können künftig musikalische Darbietungen nur dann an Universitäten aufgeführt werden, wenn sie von einem dreiköpfigen Rat genehmigt werden. Der Rat besteht aus einem Beauftragten des Rektors, einem Beauftragten des Revolutionsführers und einem Hochschullehrer, der von den beiden Beauftragten ernannt wird.

Unter bestimmten Umständen erlaubt die Satzung weiterhin Musikveranstaltungen, nämlich dann, wenn diese "mit den Grundsätzen des Islam übereinstimmen und inhaltlich lehrreich" seien.

Ein zuvor für Februar angekündigtes Musikfestival an der Technischen Universität Scharif in Teheran wurde abgesagt. Auf dem Programm standen sowohl klassische als auch Pop-Musik.

RAHBARI LEGT LEITUNG DES TEHERANER SYMPHONIEORCHESTERS NIEDER

Einer Meldung der dpa zufolge hat der Leiter des Teheraner Symphonieorchesters Ali Rahbari bereits nach einem Jahr sein Amt niedergelegt. Die Maßnahme begründete er in einem offenen Brief an iranische Medien von seinem Wohnort Wien aus mit den unakzeptablen Arbeitsbedingungen. "Die für das Orchester zuständige Rudaki Stiftung (gehört zum Kulturministerium) hat diesbezüglich nicht nur keine Ahnung, sondern sorgte mit ihrer undisziplinierten Arbeitsweise jeden Tag für neuen Ärger", schreibt Rahbari.

Rahbari ist 67 Jahre alt. Er dirigierte zahlreiche Orchester und gehört zu den wenigen Iranern, die auf dem Gebiet der klassischen Musik international bekannt geworden sind. Vor einem Jahr übernahm er die Leitung des Teheraner Symphonieorchesters und veranstaltete einige Konzerte im In- und Ausland. In Iran legten die Konservativen ihm immer wieder Steine in den Weg, zum Beispiel dadurch, dass sie den Auftritt von Frauen verboten oder erschwerten.

WIRTSCHAFT

Das iranische Raketenprogramm / WTO begrüßt iranischen Antrag auf Mitgliedschaft / Regierung benennt wirtschaftspolitische Ziele für neues Jahr / Siemens verkauft Gasturbinen an Iran

DAS IRANISCHE RAKETENPROGRAMM

Das iranische Raketenprogramm beziehungsweise die in jüngster Zeit in Iran durchgeführten Tests von Mittel- und Langstreckenraketen entwickeln sich allmählich zu einem neuen Problemfeld zwischen Iran und dem Westen.

Am 8. März gaben die Revolutionsgarden (Pasdaran) bekannt, dass sie in den vergangenen Tagen mehrere Raketentests durchgeführt hätten. Der Oberkommandierende der Luftwaffe, General Amir Ali Hadschisadeh, sprach von ballistischen Raketen mit Reichweiten von 300, 500, 800 und 2.000 Kilometern. Ziel des Manövers sei die "Demonstration der Verteidigungskraft" der Pasdaran gewesen. Auf zwei Raketen stand auf Hebräisch "Israel muss vom Erdboden verschwinden".

"Wir haben unsere Raketen mit einer Reichweite von 2.000 Kilometern gebaut, um unseren Feind, das zionistische Regime, aus einer sicheren Entfernung treffen zu können", sagte Hadschisadeh laut Tasnim. Allerdings sagte er auch, Iran werde keinen Krieg beginnen. "Wir sind davon überzeugt, dass zur Vernichtung des zionistischen Regimes keine Raketen nötig sind. Das Regime wird mit der Zeit zusammenbrechen." Iran sei bereit, sich gegen jeden Angreifer zu verteidigen. Das Land werde "niemals zu einem Jemen, Irak oder Syrien" werden.

Auch General Hossein Salami, der bei den Tests anwesend war, sagte, die Raketen, die abgeschossen wurden, seien eine Folge der Sanktionen, die Iran dazu befähigt hätten, sein Raketenprogramm weiterzuentwickeln.

Aus den USA meldete sich John Kirby, der Sprecher des Außenministeriums, zu Wort. Sollten die Berichte über die Tests zutreffen, würden die USA entweder im Rahmen der internationalen Gemeinschaft oder allein entsprechend darauf reagieren, sagte er. Trotz dieser Drohung setzte Iran auch am 9. März die Tests fort. Am gleichen Tag meldete Reuters, dass US-Außenminister John Kerry seine Sorgen über das iranische Raketenprogramm seinem Amtskollegen Dschawad Sarif in einem Telefonat mitgeteilt habe. Auch US-Vizepräsident Joe Biden drohte: "Wenn sie (die Iraner) die Vereinbarung (das Atomabkommen) tatsächlich brechen, werden wir handeln." Nach einem Gespräch mit Israels Ministerpräsidenten Netanjahu sagte Biden: "Ein nuklear bewaffneter Iran ist ein absolut inakzeptables Risiko für Israel, für die Region und für die Vereinigten Staaten."

Am 10. Dezember erklärte General Hadschisadeh, Iran lehne die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zum iranischen Raketenprogramm ab. Laut dem israelischen Rundfunk bezeichnete das Außenministerium in Jerusalem die Raketentests als schweren Verstoß gegen die Resolution des UN-Sicherheitsrats. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon rief Iran zur Zurückhaltung auf und riet zu "Mäßigung, Vorsicht und einem guten Sinn dafür, die Spannungen nicht durch überhastete Aktionen zu vergrößern". Das iranische Außenministerium erklärte: "Das iranische Raketenprogramm ist Teil der Verteidigung der inneren Sicherheit und stellt keinerlei Gefahr für andere Länder dar." Am 11. März beantragten die USA eine Beratungssitzung des UN-Sicherheitsrats zum iranischen Raketenprogramm. Samantha Power, die US-Botschafterin bei der UNO, zeigte sich "zutiefst besorgt". Die Tests seien "provokativ und destabilisierend", sagte sie. Bei der Sitzung des Sicherheitsrats am 14. März lehnte Russland jedwede Strafmaßnahmen gegen Iran ab. Die Raketentests stellten keinen Verstoß gegen die UN-Resolution 2231 dar, sagte der russische Botschafter Witali Tschurkin.

Die Resolution 2231 war im Zusammenhang mit dem Atomabkommen verabschiedet worden. Darin wird Iran "aufgefordert" nichts zu unternehmen, um Raketen zu bauen, die Träger von Atomsprengköpfen sein könnten. Das Weiße Haus lehnte zwar neue Sanktionen nicht ab, war jedoch der Meinung, dass diese mit anderen Staaten koordiniert werden müssten.

Am 17. März wurde bekannt, dass eine Gruppe republikanischer US-Senatoren, die mit den Maßnahmen der Obama-Regierung gegen das iranische Raketenprogramm nicht zufrieden sind, härtere Sanktionen gegen jene iranische Wirtschaftszweige planen, die mit dem Raketenbau in Verbindung stehen. Die Senatorin Kelly Ayotte aus New Hampshire stellte laut AP am 17. März den Plan vor. Der Sanktionsplan, der von sieben Senatoren unterzeichnet wurde, soll demnächst dem Senat vorlegt werden. Die Regierung hatte bereits einen Tag nach der Unterzeichnung des Atomabkommens Strafmaßnahmen gegen das iranische Raketenprogramm verhängt.

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete unter Berufung auf Diplomaten, dass die UNO möglicherweise Sanktionen gegen das iranische Raketenprogramm beschließen werde. Doch nach Meinung der Diplomaten seien die Argumente für Strafmaßnahmen aufgrund der Zweideutigkeit des Resolutionstextes zu schwach. Zudem ist es nach Meinung von Experten nicht möglich, nachzuweisen, dass Iran den Bau von Trägerraketen mit atomaren Sprengköpfen beabsichtigt habe. Möglich ist, dass die USA im UN-Sicherheitsrat Strafmaßnahmen gegen Iran fordern wird, nicht wegen des Raketenprogramms als solches, sondern weil Iran die Raketen baut, um sie gegen Israel einzusetzen.

Am 24. März verhängten die USA im Zusammenhang mit dem Raketenbau Sanktionen gegen sechs Unternehmen und zwei Personen. Am 30. März haben die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien einem dpa Bericht zufolge den UN-Sicherheitsrat in einem Brief aufgefordert, sich mit dem Raketenprogramm des Iran zu befassen und "angemessene Maßnahmen" zu ergreifen. Die Tests stellten einen Verstoß

gegen die Resolution 2231 dar, hieß es in dem Brief. Denn die Raketen seien in der Lage, Atomsprengköpfe zu tragen.

In Iran selbst scheinen die Raketentests innerhalb der Staatsführung umstritten zu sein. Der Streit darüber wird inzwischen offen ausgetragen. Eine Bemerkung des Ex-Präsidenten Haschemi Rafsandschani auf Twitter löste eine heftige Reaktion Chameneis aus. "Die Zukunft liegt im Dialog, nicht in Raketen", schrieb Rafsandschani. "Diejenigen, die sagen, die Zukunft liegt in Verhandlungen, nicht in Raketen, sind entweder ignorant oder Verräter", sagte Chamenei darauf am 30. März. Sollte die Islamische Republik Verhandlungen anstreben, aber keine Macht haben, sich zu verteidigen, müsste sie selbst schwachen Staaten gegenüber immer nachgeben. Chamenei betonte, dass er nicht gegen Verhandlungen sei, dass man über internationale Probleme politisch Gespräche führen müsse, allerdings nicht mit jedem, fügte er hinzu. Die Islamische Republik müsse alle Mittel einsetzen, sie müsse bei Verhandlungen Stärke zeigen, damit sie nicht überlistet werde.

Am 31. März erklärte der iranische Verteidigungsminister Hossein Dehghan, Ziel der Raketentests sei "die Herstellung geeigneter Waffen als Antwort auf mögliche Bedrohungen".

WTO BEGRÜßT IRANISCHEN ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

Die Welthandelsorganisation (WTO) hat am 17. März erklärt, sie begrüße den Antrag Irans auf Mitgliedschaft. Allerdings sei die Aufnahme von dem Inhalt des Antrags abhängig.

Iran ist zurzeit die größte Wirtschaftsnation, die noch nicht die Mitgliedschaft der WTO besitzt. Die Regierung von Hassan Rohani hofft, nachdem nun die Sanktionen gegen Iran aufgehoben sind, ihren Außenhandel ausbauen zu können. Dieses Ziel würde durch die Mitgliedschaft in der WTO begünstigt werden.

WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo sagte am 17. März den Journalisten: "Wir stehen noch am Anfang. Aber ich denke, der gute Wille und die Kooperationsbereitschaft sind vorhanden. Daher hoffe ich, dass die Prozedur zur Mitgliedschaft so bald wie möglich beendet werden kann."

Zu den Zielen der WTO gehört die Verbreitung und Liberalisierung von freiem Handel. Kritiker der Organisation sind der Meinung, dass die WTO die Dominanz der fortgeschrittenen Länder über die wirtschaftlich schwachen Länder begünstige.

REGIERUNG BENENNT WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ZIELE FÜR NEUES JAHR

Regierungssprecher Mohammad Bagher Nobacht, der auch die Planungsorganisation leitet, sagte in einem Fernsehinterview am 6. März: "Umwelt, Wasser, Rentenkassen und Beschäftigung sind Bereiche, die zu Krisen führen werden, falls wir uns nicht um sie kümmern." "Wir müssen mindesten 900 neue Arbeitsplätze schaffen." In diesem Jahr sei das Wachstum der Wirtschaft nicht so hoch gewesen, wie im letzten Jahr, denn "wir hatten außer aus dem Ölgeschäft keine weiteren Einnahmen". Dienstleistungen und Industrie seien kaum gewachsen. Demgegenüber sei die Landwirtschaft auffällig produktiv gewesen.

Die iranische Wirtschaft könne im neuen Jahr (ab März 2016) ein Wachstum von 6,5 Prozent erreichen, vor allem wenn die Einnahmen aus der Ölindustrie auf 23 Milliarden Dollar steigen würden, sagte Nobacht weiter. Die Regierung rechne mit dem Verkauf von 2,35 Millionen Barrel Öl pro Tag und einigen Nebenprodukten des Öls.

Nobacht fuhr fort, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten seien im neuen Haushaltsplan um 13 Prozent erhöht worden.

Indes kündigte Präsident Rohani an, die Autoindustrie komplett privatisieren zu wollen. Die Autoindustrie müsse wettbewerbsfähig werden, sie müsse sich in Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen qualitativ verbessern, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, sagte Rohani in einer TV-Ansprache anlässlich einer internationalen Fachkonferenz am 1. März in Teheran.

Die iranische Autoindustrie, die neben der Öl-Industrie und der chemischen Industrie die wichtigste Industriebranche darstellt, steht etwa zur Hälfte unter staatlicher Kontrolle. Technologisch ist sie nicht weit entwickelt. Sie hat insbesondere in den letzten Jahren unter den Sanktionen gelitten.

"Unsere Hersteller müssen Weltklasse sein, und wir werden mit ausländischen Unternehmen kooperieren, damit unsere Hersteller eine Präsenz auf den globalen Weltmärkten bekommen", sagte der Präsident.

Eine ganze Reihe ausländischer Autoproduzenten haben bereits unmittelbar nach der Unterzeichnung des Atomabkommens die Fühler nach Iran ausgestreckt. Besonders die Firmen Peugeot aus Frankreich, aber auch Daimler aus Deutschland, haben bereits Vereinbarungen getroffen.

SIEMENS VERKAUFT GASTURBINEN AN IRAN

Einer Meldung der AFP vom 2. März zufolge hat die Firma Siemens ihre Partnerschaft mit dem iranischen Konzern Mapna erneuert. Laut dem Bericht gab Siemens bekannt, dass die Unternehmen den Export von zwei Gasturbinen und den dazugehörigen Generatoren für ein noch zu bauendes Kraftwerk in Bandar Abbas am Persischen Golf vereinbart hätten. Weiterhin sei vereinbart worden, dass Mapna künftig Siemens-Gasturbinen in Lizenz herstellen darf. In den kommenden zehn Jahren sollen auf diese Weise mehr als zwanzig Generatoren und Turbinen hergestellt werden.

Wie Siemens-Unternehmenschef Joe Kaeser mitteilte, soll die erste Lieferung "in Kürze" erfolgen. Die Ankündigung erfolgte in Berlin in Anwesenheit von Mapna-Chef Abbas Aliabadi, Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und dem iranischen Energieminister Hamid Chitchian.

Die Aktivitäten von Siemens in Iran haben eine lange Tradition. Kaeser nannte das Jahr 1868 als Beginn der Zusammenarbeit mit Iran. Die Firma sei weiterhin bereit, bei der Elektrifizierung, Automatisierung und Digitalisierung in Iran mitzuwirken.

Indes äußerte der Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Dr. Volker Treier, die Hoffnung, dass die deutsche Wirtschaft nach der nun erfolgten Aufhebung der Sanktionen gegen Iran einen Boom mit Zehntausenden neuen Arbeitsplätzen erleben werde. Das Volumen der deutschen Exportgüter in das rohstoffreiche Land könnte sich innerhalb weniger Jahre auf rund zehn Milliarden Euro verfünffachen, sagte er der Deutschen Presseagentur am 3. März im Vorfeld des deutsch-iranischen Wirtschaftsforums in Berlin.

"Iran war in den 1970er Jahren der zweitwichtigste Handelspartner für die deutsche Wirtschaft außerhalb Europas", zitierte die Agentur Treier. Nach dem Atomabkommen, der Aufhebung der Sanktionen und der nun erfolgten Öffnung des Landes nach außen bestehe für die deutsche Wirtschaft die Chance auf "Aufträge in Milliardenhöhe", sagte Treier. Zugleich wies er auf die Ängste der Firmen vor möglichen Strafmaßnahmen der

USA hin. Die Iran-Geschäfte seien noch riskant und eben dies sei der Grund für das Zögern der deutschen Unternehmen.

Auf dem Forum warb der iranische Energieminister Chitchian bei deutschen Unternehmen um Investitionen in Iran. Seine Regierung habe einen neuen Entwicklungsplan aufgestellt, sagte er. "Darin ist ein jährlich Wachstum von acht Prozent vorgesehen."

Außenstaatssekretär Stephan Steinlein sagte, die Bundesregierung werde deutsche Unternehmen bei dem Aufbau der Beziehungen zu Iran unterstützen. Er bezeichnete Iran als "einen der chancenreichsten Märkte unserer Zeit".

AUSSENPOLITIK

Obamas Neujahrsbotschaft an das iranische Volk / US-Präsidentschaftskandidaten äußern sich zu Iran / Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien / Der Krieg in Syrien / Schamchani: Abzug russischer Luftwaffe aus Syrien kam nicht unerwartet / Sarif in Istanbul / Rohani sagt Staatsbesuch in Österreich ab / Mogherini reist nach Teheran / Rohani auf Staatsbesuch in Pakistan

OBAMAS NEUJAHRSBOTSCHAFT AN DAS IRANISCHE VOLK

US-Präsident Barack Obama hat den Iranern am iranischen Neujahrstag (21. März) in einer Videobotschaft zum Jahreswechsel gratuliert. Das Noruz-Fest werde auch im Weißen Haus gefeiert, sagte er. Dabei gebe es wie bei den Iranern Reis mit Gemüse und Fisch und dieselben Süßigkeiten. Dazu seien Iraner aus ganz Amerika eingeladen worden.

Obama zitierte den iranischen Dichter Fereidun Moschiri: "Öffne die Fenster, die leichte Brise feiert die Geburt der Akazien und der Frühling hat auf jedem Ast, neben jedem Blatt, eine Kerze angezündet." Er nutze jedes Jahr beim Noruz-Fest die Gelegenheit, um sich mit dem iranischen Volk darüber zu unterhalten, "wie wir ein neues Fenster öffnen und die Beziehung zwischen unseren Staaten neu gestalten können", sagte Obama.

Es gebe nach Jahrzehnten zum ersten Mal die Gelegenheit, die Beziehung der beiden Staaten neu zu beleben, sagte Obama weiter. Er habe in den vergangenen Jahren immer wieder erklärt, die USA seien bereit, auf der Basis gegenseitiger Interessen mit Iran Verständigung zu erzielen. "Genau dies haben wir nun getan", sagte der Präsident. Iranische und amerikanische Diplomaten und Wissenschaftler hätten miteinander verhandelt und im vergangenen Sommer im Atomkonflikt Einigung erzielt. Vor zwei Monaten habe Iran seine Verpflichtungen erfüllt, wichtige Teile seines Atomprogramms reduziert und somit der Weltgemeinschaft versichert, dass sein Atomprogramm ausschließlich friedliche Ziele verfolge. Im Gegenzug seien die Sanktionen gegen Iran aufgehoben worden, so dass Iran wieder über seine eingefrorenen Guthaben verfügen könne. "Wir akzeptieren Irans Recht, die Atomenergie im Rahmen der im Abkommen festgelegten Verpflichtungen zu nutzen", sagte der Präsident.

Es sei möglich, dass die Menschen in Iran die Vorteile der Aufhebung der Sanktionen nicht sofort spürten. Doch die Vorteile seien unbestreitbar, vor allem für die Jugend, die auf der Suche nach Arbeit sei und die Zukunft mitgestalten möchte. Sie werde nun Zugang zu moderner Technologie bekommen und neue Unternehmen gründen können. Die Studenten würden weitaus mehr als bisher die Möglichkeit haben, im Ausland zu studieren.

Iran werde seinen Export steigern, zum Beispiel den Export von landwirtschaftlichen Produkten oder Textilwaren. "Ich bin davon überzeugt, dass die Amerikaner gerne schöne Perserteppiche, Kaviar, Pistazien und Safran kaufen werden", sagte Obama.

Zu den Vorteilen der Aufhebung der Sanktionen gehöre auch die Zunahme der Zahl der Touristen, die in Zukunft die historischen Stätten Irans zum Beispiel in Schiras, Tabris und Isfahan besuchen und ihr Geld in den Geschäften und Restaurants ausgeben würden.

Obama sprach auch von den Problemen, die es in den Beziehungen beider Staaten noch gebe. Ziel des Atomabkommens sei nie die Beseitigung aller Probleme gewesen, die zwischen Teheran und Washington nach wie vor existierten, sagte er. "Dass wir aber trotz grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zum ersten Mal kontinuierlich miteinander verhandeln, gibt uns die Gelegenheit, auch andere Probleme zu lösen." So könnten die Beziehungen zwischen den Menschen in den USA und Iran weiter ausgebaut werden.

Als Beispiel nannte Obama die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Kuba. Es habe Jahrzehnte lang zwischen den USA und Kuba Auseinandersetzungen gegeben. Bis vor kurzem habe sich kaum jemand vorstellen können, dass der Präsident der USA zu einem Staatsbesuch nach Kuba reisen würde. Das bedeute, dass alte Feinde nach Jahrzehnte langem Misstrauen neue Wege finden könnten, um sich anzunähern.

Nach Obama schickte auch Außenminister John Kerry seine Grüße an alle, die Noruz feiern. Das vergangene Jahr sei mit Blick auf die Beziehungen zwischen den USA und Iran "ein Jahr mit außerordentlichen Errungenschaften" gewesen, sagte Kerry.

US-PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATEN ÄUßERN SICH ZU IRAN

Auf der Jahrestagung der pro-israelischen Lobbyorganisation AIPAC in den USA äußerten sich die frühere Außenministerin Hillary Clinton und der Präsidentschaftskandidat Donald Trump am 21. März über Iran.

Clinton, die unter den Kandidaten der Demokraten als Favoritin gilt, sagte, "die Sicherheit Israels ist unverhandelbar". Sie forderte die Palästinenser auf, ihre Angriffe gegen Israelis zu beenden. Deren Führer sollten die Gewalt verhindern und es unterlassen, den Tod der Terroristen zu feiern und deren Familien mit Preisen zu würdigen. Sollte sie Präsidentin werden, würde sie Iran gegenüber eine "strengere Politik" verfolgen und sollte Iran seinen eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommen, würde sie gegen das Land mit Gewalt vorgehen.

Trump, der bislang unter den Kandidaten der Republikaner als Favorit gilt, sagte, er werde, sollte er Präsident werden, das Atomabkommen mit Iran, das sowohl für die USA als auch für Israel "katastrophal" sei, sofort aufkündigen. "Meine Priorität Nummer eins ist es, den katastrophalen Deal mit Iran zu demontieren. Ich bin seit langer Zeit in der Geschäftswelt. Ich kenne mich mit dem Abschließen von Deals aus. Und lasst mich sagen: Dieser Deal ist eine Katastrophe, für Amerika, für Israel und für den ganzen Nahen Osten." Er versprach auch, die amerikanische Botschaft in Tel Aviv nach Jerusalem, in die "ewige Stadt der Juden", zu verlegen und Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen.

Indes sagte Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif während eines Besuchs in Pakistan in einem Interview mit dem iranischen Fernsehen am 27. März, man solle die Äußerungen der Präsidentschaftskandidaten nicht ernst nehmen. Die amerikanische Regierung habe sich juristisch zur Einhaltung des Atomabkommens verpflichtet. Damit sei es gleichgültig, wer in Zukunft in Washington regiere. "Wer immer im Weißen Haus sitzen wird, wird sich an das Abkommen halten müssen", sagte Sarif. Die Äußerungen der Kandidaten folgten einer momentanen Stimmung, die von Zionisten erzeugt worden sei. "Diese Parolen darf man nicht ernst nehmen."

KONFLIKT ZWISCHEN IRAN UND SAUDI-ARABIEN

Die Außenminister der Arabischen Liga haben am 2. März in Kairo die libanesische Hisbollah als Terrororganisation eingestuft. Der Organisation wurde vorgeworfen, in den Staaten am Persischen Golf junge Menschen für "terroristische Aktivitäten" zu rekrutieren. Der Liga gehören 22 Länder an. In den meisten dieser Länder bilden die Sunniten die Mehrheit der Bevölkerung.

Irans Vizeaußenminister Hossein Amirabdollahian erklärte laut ISNA am 3. März, der Beschluss sei ein Fehler gewesen und nicht hilfreich für die Stabilität der Region. Im Übrigen sei Iran "stolz auf die Hisbollah als führende Front gegen die Zionisten".

Auch Außenminister Dschawad Sarif betonte in einer Stellungnahme am 6. März, die Hisbollah sei die einzige Organisation, die Israel gegenüber Widerstand leiste und "die territoriale Souveränität Libanons verteidigt". "Ich habe den Eindruck, dass einige Staaten der Region, insbesondere Saudi-Arabien, mit ihrer irrigen Politik bestrebt sind, in der Region Konflikte und Unsicherheit zu erzeugen."

Einen Tag nach dem Beschluss der Arabischen Liga in Kairo gab das Innenministerium in Bahrain die Ausweisung einiger Libanesen bekannt, denen Zusammenarbeit mit der Hisbollah vorgeworfen wurde. Die genaue Zahl der Ausgewiesenen wurde nicht bekannt gegeben. Auch in Saudi-Arabien wurde Staatsbürgern und Einwanderern mit harten Strafen gedroht, sollten sie Verbindung zu der Hisbollah aufnehmen. Ferner haben Saudi-Arabien, Bahrain und die Arabischen Emirate ihre Bürger aufgefordert, Reisen in den Libanon bis auf Weiteres zu unterlassen.

Die Beziehungen zwischen Iran und Saudi-Arabien sind seit Monaten so schlecht wie noch nie. Die beiden Nachbarstaaten vertreten in Syrien, Jemen und auch im Irak diametral entgegengesetzte Positionen.

Auch Saudi-Arabien machte Iran gegenüber Vorwürfe. Teheran mische sich in Angelegenheiten der Staaten am Persischen Golf ein, verfolge eine "konfessionelle Politik" und unterstütze terroristische Organisationen, sagte der saudische Außenminister Adel al-Dschubeir am 9. März laut AFP in Riad. Dennoch sagte der Minister, sein Land sei bereit, sich mit Iran zu versöhnen, wenn Iran seine Politik der Einmischung aufgeben würde. "Würde Iran seine Politik ändern, würde uns nichts hindern, die Seite umzuschlagen und auf der Grundlage der guten Nachbarschaft bessere Beziehungen zu etablieren ohne Einmischung in die Angelegenheiten Anderer."

"Iran ist ein benachbartes muslimisches Land mit einer großen Zivilisation und einem warmherzigen Volk, doch die seit der Revolution von Chomeini verfolgte Politik war aggressiv", sagte al-Dschubeir.

Der Konflikt der beiden Staaten durchkreuzt auch die Politik der westlichen Staaten in der Region, allen voran die der USA. Solange der Konflikt über das iranische Atomprogramm bestand, galt Saudi-Arabien als wichtigster Verbündeter des Westens. Nach dem Atomabkommen und der Aufhebung der Sanktionen sind westliche Staaten und Unternehmen an lukrativen Geschäften und folglich normalisierten Beziehungen zu der Islamischen Republik interessiert. Außerdem haben sie ein Interesse an einer gewichtigen Rolle Irans bei der Lösung der Krisen im Nahen und Mittleren Osten. Damit fühlt sich Saudi-Arabien in seiner bislang privilegierten Position bedroht. Die USA versuchen, auf die Saudis beruhigend einzuwirken, können jedoch die realen Gegebenheiten nicht ignorieren.

So sagte US-Präsident Barack Obama am 10. März in einem Interview mit der Zeitschrift Atlantic, die USA hätten in der Region am Persischen Golf, aber auch in Europa opportunistische und bequeme Verbündete, die sie in Konflikte hineinziehen wollten, die mit den Interessen der USA nicht zu tun hätten. Saudi Arabien müsse begreifen, dass

auch Iran in der Region einen Anteil habe. "Wir müssen unseren Freunden und auch Iran sagen, dass sie zur Teilung der Region und Herstellung eines kalten Friedens einen Weg finden müssen." Jene, die den arabischen Staaten Recht geben, Iran als Quelle aller Konflikte zu betrachten und bei jedem Konflikt mit Iran die mit den USA traditionell befreundeten arabischen Staaten unterstützen wollen, förderten in Wirklichkeit die Konflikte und Spaltungen in der Region. Die Verbündeten der USA in der Region seien nicht allein in der Lage, aus den Konflikten als Sieger hervorzugehen. Dies bedeute, dass die USA militärisch intervenieren müssten, um einen Ausgleich der Kräfte herzustellen. Doch der Einsatz von militärischen Kräften in der Region sei weder im Interesse der Vereinigten Staaten noch im Interesse der Region, sagte Obama.

Der Glaube, man könne durch aggressive Äußerungen und hartes Handeln die Ziele der USA gegen ein anderes Land durchsetzen, stehe nicht im Einklang mit den Realitäten der internationalen Beziehungen der vergangenen fünf Jahrzehnte, fuhr Obama fort. Als Beispiel erwähnte er die Geiselnahme amerikanischer Diplomaten der US-Botschaft in Teheran von 1979. Manche Republikaner (in den USA) glaubten, dass die Geiseln damals frei gekommen seien, weil der damalige Präsident Ronald Reagan Iran gegenüber Härte gezeigt habe. Doch die Geiseln seien freigekommen aufgrund langer Verhandlungen. Zudem habe Iran die Geiseln damals aufgrund schwerer Probleme mit Präsident Jimmy Carter erst nach dem Machtwechsel im Weißen Haus freilassen wollen.

In Iran ist die Position gegenüber Saudi-Arabien nicht einheitlich. Während die Regierung immer wieder versöhnliche Töne anschlägt, schüren die Hardliner den Konflikt weiter. Einer der Freitagsprediger von Teheran, Mohammad Ali Mowaheddi Kermani, sagte am 18. März: "Die Saudis sind nicht nur keine Freunde, sie sind unsere Feinde." Er empfahl den Organisatoren der Pilgerfahrten nach Mekka, für die Sicherheit der Pilger zu sorgen. "Glaubt den Saudis nicht, wenn sie sagen, sie würden für die Sicherheit der Pilger sorgen. Sie lügen", sagte der Prediger. Vor einem halben Jahr waren in Mana Hunderte von Pilger ums Leben gekommen, unter ihnen mehr als 400 Iraner. Kermani kritisierte auch das Vorgehen der Saudis in Jemen. "Wo steht es im Koran, dass es erlaubt ist, Muslime zu töten?", fragte er.

Anders äußerte sich Präsident Rohani. Iran habe kein Interesse, die Spannungen mit Saudi-Arabien fortzusetzen, sagte er am 26. März zum Ende seines Besuchs in Pakistan. "Wenn es irgendein Problem zwischen zwei Ländern gibt, sollte es durch Gespräche gelöst werden. Als Beispiel erwähnte er das Atomabkommen zwischen Iran und der 5+1-Gruppe. "Wir haben die Probleme durch Dialog überwunden", sagte der Präsident. Er hoffe, dass sich bald ein Weg finden werde, um die bilateralen Probleme mit Saudi-Arabien zu lösen. Er begrüßte das Bemühen einiger Staaten, auch Pakistans, die versucht hätten, zwischen Teheran und Riad zu vermitteln.

DER KRIEG IN SYRIEN

Der legendäre General Ghassem Soleimani, Oberkommandierender der Abteilung für Auslandseinsätze der iranischen Revolutionsgarden, der sogenannten Al-Kuds Brigade, wies den Vorwurf, Irans Aktivitäten in der Region seien "abenteuerlich", entschieden zurück. Mit Blick auf Saudi-Arabien sagte er den iranischen Medien zufolge am 13. Dezember, die Feinde hätten versucht, mit Hilfe von abtrünnigen Gruppen die Islamische Republik und die Schiiten in die Knie zu zwingen. "Ist es denn abenteuerlich, wenn man Leben und Eigentum der Muslime zu schützen versucht", fragte er. "Die abtrünnigen Gruppen kaufen und verkaufen junge Frauen und zerstören Moscheen und historische Bauten. (...) Ist es denn ein Fehler gegen diese Verbrechen Widerstand zu leisten?" Soleimani gilt allseits als eine wichtige Figur bei den aktuellen Kämpfen in Syrien und dem Irak.

Zu der militärischen Rolle Irans im Irak sagte Soleimani, dank der Islamischen Republik seien Ruhe und Sicherheit im Irak möglich geworden. Die Behauptung, Iran habe den Irak "verschlungen", bezeichnete er als feindliche Propaganda.

Zu den Aktivitäten Irans in Syrien äußerte sich Soleimani nicht. Er nahm auch keine Stellung zu der Äußerung des US-Außenministers John Kerry, der vor kurzem erklärte, Iran habe einen "beachtlichen Teil" seiner Kräfte aus Syrien abgezogen. Das bedeute aber nicht, dass Iran in Syrien keine Rolle mehr spiele.

Teheran hat immer wieder behauptet, an den militärischen Kämpfen in Syrien nicht aktiv beteiligt zu sein, die Präsenz Irans habe lediglich eine beratende Funktion. Dem widerspricht die Tatsache, dass zahlreiche Iraner, darunter auch hohe Offiziere, im syrischen Krieg ums Leben gekommen sind. Auch Soleimani soll, Gerüchten zufolge, einmal in Syrien schwer verwundet worden sein. Der Oberbefehlshaber der Pasdaran, General Mohammad Ali Schafari, hatte am 26. Februar der Presse gesagt: "Unsere Politik und Taktik besteht nicht darin, viele Kräfte zum direkten Kampf nach Syrien zu schicken. Doch unter den Garden gibt es zahlreiche Freiwillige, die gerne an den Kämpfen teilnehmen würden."

Am 18. März traf der frühere iranische Außenminister Kamal Charrasi, der zurzeit den Rat für strategische Außenbeziehungen leitet, zu einem Treffen mit dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad in Damaskus ein. Hauptthema des Gesprächs waren die laufenden Verhandlungen der syrischen Regierung mit der Opposition in Genf.

Bei dem Treffen bezeichnete Assad Iran als den "wichtigsten Unterstützer Syriens". Ohne die Hilfe und Beratung Irans hätte man die Oppositionsgruppen nicht an den Verhandlungstisch bekommen können, sagte er. Die Kräfte Syriens stützten sich nach wie vor auf die Hilfe Irans. Sollten die Verhandlungen in Genf scheitern, würden sie den Krieg fortsetzen.

Charrasi sagte, keine ausländische Macht dürfe sich in die inneren Angelegenheiten Syriens einmischen. Die Verhandlungen in Genf müssten unter Berücksichtigung der Rechte des syrischen Volkes fortgesetzt werden.

Charrasi führte auch ein Gespräch mit Außenminister Walid Mualem und hielt vor iranischen Kräften in Syrien einen Vortrag. Vor seiner Reise nach Syrien hatte er sich mit einigen führenden Politikern im Libanon getroffen.

Am 19. März führten Russlands und Irans Außenminister Sergej Lawrow und Sarif ein längeres Telefongespräch über die Lage in Syrien. In einer Mitteilung des russischen Außenministeriums hieß es, die beiden Minister hätten die Notwendigkeit der Fortsetzung der Verhandlungen in Genf betont. Iranische Medien berichteten, es sei auch über humanitäre Hilfeleistungen und den Kampf gegen den Terrorismus gesprochen worden.

Russland und Iran sind die wichtigsten Unterstützer des syrischen Regimes. Beide Staaten lehnen die Teilnahme bestimmter Oppositionsgruppen an den Verhandlungen in Genf mit der Begründung ab, bei diesen Gruppen handele es sich um Terroristen.

Auch Irans Vizeaußenminister Amir Abdollahian kritisierte in einem Telefongespräch mit dem UN-Syrienbeauftragten die Teilnahme einiger Gruppen an den Verhandlungen, die er als Terroristen bezeichnete. Die Teilnahme dieser Gruppen an den Verhandlungen sei "schädlich", sagte er.

Am 28. März beglückwünschte Teheran das Regime in Syrien zu der Rückeroberung der historischen Stadt Palmyra, die zuvor von den Terrormilizen des sogenannten Islamischen Staates (IS) gehalten wurde. "Dieser Sieg gegen den IS erfüllt uns mit Stolz und wird in die Geschichte der Region eingehen", sagte Ali Schamchani, Generalsekretär des Nationalen

Sicherheitsrats. Er versicherte in einem Schreiben an Präsident Assad, Iran werde das Land gegen den IS weiterhin unterstützen.

Die Informationsabteilung des Präsidentsamts in Teheran gab bekannt, dass Russlands Präsident Wladimir Putin in einem Telefongespräch mit Rohani am 28. März erklärt habe, er sei über die Entwicklung der Lage in Syrien "sehr froh". "Wir haben alle unsere Aktivitäten auf eine friedliche Lösung in Syrien konzentriert." Moskau werde diese Aktivitäten mit Iran koordinieren.

SCHAMCHANI: ABZUG RUSSISCHER LUFTWAFFE AUS SYRIEN KAM NICHT UNERWARTET

Ali Schamchani, Generalsekretär des nationalen Sicherheitsrats, sagte am 16. Dezember den Medien zufolge: "Der Abzug der russischen Luftwaffe aus Syrien war geplant und koordiniert, er kam keinesfalls unerwartet."

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte überraschend am 14. März angekündigt, die seit September vergangenen Jahres andauernden Luftangriffe in Syrien erheblich zu reduzieren. Russland habe den größten Teil seiner Ziele erreicht und werde sich nun auf diplomatische Friedensverhandlungen konzentrieren.

In einer ersten Reaktion auf diese Ankündigung hatte Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif erklärt, die Maßnahme könne als "positives Zeichen" gedeutet werden. Bei einem Vortrag vor Studenten in Australien sagte der Minister, der Entschluss zeige, dass Russland es nicht als nötig erachte, zur Aufrechterhaltung des Waffenstillstands in Syrien militärischen Druck auszuüben. "Das kann so betrachtet, positiv sein. Wir sollten das Ergebnis abwarten."

SARIF IN ISTANBUL

Bei seinem Besuch in der Türkei sagte Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkischen Außenminister Mevilüt Cavusoglu am 19. März, trotz Meinungsverschiedenheiten stimmten Iran und die Türkei bezüglich der nationalen Einheit Syriens überein. Beide Staaten forderten die Einstellung der militärischen Auseinandersetzungen. "Wir hoffen, dass die Verhandlungen (über Syrien) zum Erfolg führen werden." Zur gleichen Zeit hatten die Kurden in Syrien ein föderales System für Syrien gefordert und erklärt, sie strebten nicht nach einem eigenen Staat, sie wollten die nationale Einheit Syriens bewahren.

Das Regime in Damaskus lehnt ein föderales System ab, auch Iran, die Türkei, Russland und die USA haben sich bislang dagegen ausgesprochen.

Die Beziehung zwischen Teheran und Ankara ist trotz des regen wirtschaftlichen Austauschs zwischen den beiden Ländern in den letzten Jahren durch unterschiedliche Positionen, vor allem in Bezug auf Syrien und die arabischen Länder, getrübt.

Sarif verurteilte den Terroranschlag in Istanbul. Dieser Anschlag zeige "das hässliche Gesicht des Terrorismus", sagte er. Die Türkei und Iran seien "gleichen Gefahren" ausgesetzt.

Indes haben die iranische Botschaft in Ankara und die iranischen Konsulate in Istanbul, Trabzon und Erzurum den iranischen Staatsbürgern in der Türkei empfohlen, belebte Gegenden zu meiden. Sie sollten die Sicherheitswarnungen und Vorschriften der türkischen Behörden befolgen. Bei dem Anschlag in Istanbul am 19. März waren auch ein Iraner und drei Israelis unter den Toten. Auch unter den Verletzten waren einige Iraner.

Bereits am 5. März hatte Irans Vizepräsident Eshagh Dschahangiri nach einem Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu in Teheran erklärt, Iran und die Türkei seien bestrebt, nach den nun aufgehobenen Sanktionen ihren bilateralen Handel deutlich auszuweiten. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll das Handelsvolumen von derzeit 10 Milliarden auf 30 Milliarden US-Dollar erhöht werden. "Mehr als jedes andere Land" habe sich die Türkei über die Aufhebung der Sanktionen gegen Iran gefreut, sagte Davutoglu. Tatsächlich hatten die Sanktionen den Handel zwischen den beiden Staaten schwer belastet, er sank um ein Drittel.

Bei einem Treffen Davutoglus mit Staatspräsident Rohani versicherten beide Politiker, sich trotz bestehender Differenzen für Frieden und Stabilität in der Region einzusetzen. Beide Länder hätten gemeinsame geopolitische Interessen und dies werde sich auch in Zukunft nicht ändern, sagte Davutoglu. Die Türkei habe gezeigt, dass sie auch in "schlechten Zeiten" Iran gegenüber treu bleibe.

Auch Rohani betonte die gemeinsamen Interessen beider Staaten, die nun ihre Differenzen ausräumen und effektive Schritte zur Stabilität der Region und gegen den Terrorismus unternehmen könnten und müssten. "Heute ist der Tag für beide Länder, im Rahmen eines gemeinsamen Fahrplans eine neue Ära zu beginnen", sagte Rohani.

Iran und die Türkei erklärten, dass sie die derzeit in Syrien herrschende Waffenruhe unterstützten. Es gebe zwischen Teheran und Ankara keine Gegensätze hinsichtlich der Einstellung der Kriegshandlungen und der Intensivierung von Hilfslieferungen an Flüchtlinge.

ROHANI SAGT STAATSBESUCH IN ÖSTERREICH AB

Überraschend hat Irans Präsident Hassan Rohani seinen für den 30. und 31. März geplanten Staatsbesuch in Österreich aus Sicherheitsgründen abgesagt. Dies teilte der Leiter des Präsidialamts in Wien am 29. März mit. Auf dem Besuchsplan standen Treffen mit dem österreichischen Präsidenten Heinz Fischer und mit Bundeskanzler Werner Faymann. Zudem wollte Rohani an einem österreichisch-iranischen Wirtschaftsforum teilnehmen. In der später veröffentlichten Mitteilung des Präsidialamts heißt es: "Die iranische Seite hat aus Sicherheitsgründen den Besuch von Präsident Rohani und seinen Begleitern vertagt."

Während Wien die Absage mit Sicherheitsfragen begründete, sprach Teheran von einer besseren Koordinierung. In der iranischen Mitteilung zu dem Besuch heißt es: "Die Reise des Präsidenten der Islamischen Republik nach Österreich wird im gegenseitigen Einverständnis zur besseren Koordinierung auf einem späteren Termin vertagt."

Auch ein Irak-Besuch Rohanis, der zuvor stattfinden sollte, wurde abgesagt. Über den eigentlichen Grund der Absagen kann nur spekuliert werden. Vielleicht ist Rohani darüber erbost, dass die Umsetzung des Atomabkommens nicht so einfach vonstattengeht wie erhofft. Vielleicht sind auch die Auseinandersetzungen über die Beziehungen zum Westen in Iran der Grund für die Absage. Rohani hatte im Januar Italien und Frankreich besucht und dabei Aufträge in Milliardenhöhe unterzeichnet, was zu Hause seitens der Konservativen heftig kritisiert wurde.

Fischer sagte in einem Interview mit der BBC am 31. März, für Rohanis Besuch sei die höchste Sicherheitsstufe vorgesehen gewesen, so wie bei einem Besuch von Putin oder George W. Bush. Er wisse nichts über Sicherheitsbedenken, die zu der Absage des Besuchs geführt hätten. Der Besuch hätte sowohl Iran als auch Österreich und der EU Nutzen bringen können. Er (Fischer) sei über die Absage überrascht und "auch enttäuscht" gewesen.

Auf die Frage, ob Protestdemonstrationen gegen den Besuch der Grund für die Absage sein könnten, antwortete Fischer, Österreich könne Protestdemonstrationen nicht verbieten, aber man könne dafür sorgen, dass zwischen dem Besucher und den Demonstranten genügend Abstand bestünde.

Fischer sagte, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und Österreich seien durch die Sanktionen beeinträchtigt worden. Aber jetzt seien die Voraussetzungen für den Ausbau des Handels sehr gut. Es seien auch einige Vereinbarungen zur Unterzeichnung vorbereitet gewesen. Fischer äußerte die Hoffnung, dass sie demnächst unterzeichnet und damit die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern in verschiedenen Bereichen ausgebaut werden können.

MOGHERINI REIST NACH TEHERAN

Die Außenbeauftragte der EU sagte am 14. März vor einer Versammlung der EU-Außenminister in Brüssel, "mein nächster Besuch in Iran wird am 16. April sein". "Wir werden mit den Außenministern der EU besprechen, über welche Bereiche und Fragen wir mit Iran Gespräche führen sollten, um unsere Beziehungen zu Teheran wieder vollständig aufnehmen zu können." Den Raketenkonflikt mit Iran erwähnte sie nicht. Die wichtigsten Bereiche der Zusammenarbeit zwischen der EU und Iran seien Handel, Energie, Umwelt, Bildung und Wissenschaft. Aktuell geht es auch um rund drei Millionen afghanische Flüchtlinge in Iran, die zunehmend nach Europa kommen würden.

Mogherini hat in der letzten Phase der Atomverhandlung mit Iran eine wichtige Rolle gespielt. Ihr erster Besuch in Teheran fand am 28. Juli 2015, zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Atomabkommens, statt. Damals führte sie Gespräche mit Irans Außenminister Dschawad Sarif.

ROHANI AUF STAATSBESUCH IN PAKISTAN

Am 25. März traf Präsident Hassan Rohani begleitet von sechs Ministern und dem Direktor der Zentralbank zu einem Besuch in Pakistan ein. Er wurde am Flughafen in Islamabad von Ministerpräsident Nawaz Sharif empfangen.

Ein wichtiger Grund für die Staatsvisite waren Sicherheitsprobleme an der gemeinsamen Grenze, die zu Unstimmigkeiten zwischen den beiden Staaten geführt haben. Vor dem Abflug nach Islamabad sagte Rohani: "Wir müssen die bilateralen Vereinbarungen so rasch wie möglich umsetzen, damit wir die Sicherheit der östlichen Grenzgebiete unseres Landes gewährleisten und die Provinz Sistan-Belutschistan entwickeln können." (Die Provinz grenzt an Pakistan)

Rohani und Sharif bekundeten die Absicht, die bilateralen Beziehungen ihrer Staaten in wirtschaftlicher Hinsicht und auf der Basis gemeinsamer Interessen auszubauen. Sie unterzeichneten ein fünfjähriges Handelsabkommen und eine Reihe andere Übereinkommen in den Bereichen Gesundheit und diplomatische Ausbildung.

Strategisch gehört Pakistan zu den Verbündeten Saudi-Arabiens. Auch aus religiöser Sicht fühlt sich das mehrheitlich sunnitische Pakistan mehr dem ebenfalls mehrheitlich sunnitischen Saudi-Arabien verbunden als dem vorwiegend schiitischen Iran. Dennoch hat Pakistan bei den Rivalitäten zwischen Saudi-Arabien und Iran um die Vormacht in der Region versucht, seine Beziehung zu Iran aufrechtzuerhalten. Dazu gehörte auch die Ablehnung der Bitte Saudi-Arabiens, die Koalition einiger Golfstaaten im Krieg gegen die Huthis in Jemen militärisch zu unterstützen.

Am 28. März verurteilte Iran einen Selbstmordanschlag in Lahore auf das Schärfste. Der Nachrichtenagentur IRNA zufolge sagte der Sprecher des Außenministeriums Dschaber Ansari: "Dieser Anschlag hat erneut bewiesen, dass die Terroristen vor nichts mehr haltmachen und unschuldige Menschen nirgendwo mehr sicher sind." Dies mache wieder einmal deutlich, dass die überall lauende Gefahr des Terrorismus eines gemeinsamen Kampfes bedarf.